

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Der Weg aus dem Atomzeitalter ist lang. Der Atomausstieg ist beschlossen, aber das Thema längst nicht abgeschlossen. Wir fangen erst an, uns den nuklearen Altlasten zu stellen.

Dafür muss verhindert werden, dass sich die Atomkonzerne ihrer Verantwortung für den Atommüll entziehen können. E.on trennt sich wie Vattenfall von der fossilen Energiesparte und entzieht den Atombereich der Haftung des Mutterkonzerns. Um die finanziellen Mittel für Rückbau und Entsorgung zu sichern, müssen die Rückstellungen der Konzerne endlich in einen öffentlich-rechtlichen Fonds mit einer Nachschusspflicht für die Atomkonzerne überführt werden.

Niedersachsen wirkt in der bundesweiten Debatte als Triebkraft. Nicht nur wegen der bitteren Erfahrungen, die wir mit Gorleben, Asse und Konrad gemacht haben, setzen wir uns dafür ein, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Erst durch Druck aus Niedersachsen wurde eine Endlager-Kommission eingesetzt, die über Kriterien für eine neue Endlagersuche berät und das Standortwahlgesetz überarbeiten soll. Die Landesregierung rüttelt zudem am Standort Gorleben: Der veraltete Rahmenbetriebsplan wurde gegen den Widerstand des Bundes aufgehoben, das seit 1983 laufende Planfeststellungsverfahren beendet. Der Offenhaltungsbetrieb wurde reduziert, der Besucherverkehr unter Tage eingestellt. Mit dem Standortwahlgesetz wurde ein Castor-Stopp nach Gorleben beschlossen – hier sind nun andere Bundesländer in der Pflicht, alternative Standorte auch wirklich zu realisieren.

Es bleibt viel zu tun. Jahrzehntlang wurden schwerwiegende Probleme einfach ausgeblendet. Angereichertes Uran aus der Brennelementherstellung hat die Bundesregierung beispielsweise stets als „Wertstoff“ deklariert. Die Uran-Abfälle sowie die Asse-Abfälle wurden jetzt erstmals in einer Atommüllbilanz erfasst. Durch diese überfällige Klarstellung wurde endlich deutlich, dass die Menge der schwach- und mittelradioaktiven Abfälle doppelt so groß ist, wie bislang angegeben. Es ist völlig unklar, wo diese Abfälle gelagert werden sollen.

Anwohnerinnen und Anwohner von Zwischenlagern kritisieren zu Recht, dass diese nicht für eine längerfristige Lagerung ausgelegt sind. Die Landesregierung nimmt diese Kritik sehr ernst und setzt sich auf Bundesebene für die Erhöhung der Sicherheitsstandards.

Diese angespannte Lage darf jedoch nicht als Vorwand genutzt werden, nach einer überhasteten Endlagerung zu rufen. Das geplante Endlager Konrad muss überprüft werden: Die Sicherheitskonzepte stammen aus den 1980er Jahren, ein Standortwahlverfahren wurde nie durchgeführt. Das genehmigte Einlagerungsvolumen ist ohnehin zu klein, um alle schwach- und mittelradioaktive Abfälle aufzunehmen. Daher müssen andere Entsorgungsoptionen erforscht und geprüft werden. Hier geht Sorgfalt vor Schnelligkeit.

Wir brauchen einen risikobewussten Umgang mit dem Atommüll. Ein Atommüll-Export wie in Jülich diskutiert wäre illegal und ethisch nicht verantwortbar. Wichtig ist, dass die politischen Prozesse weiterhin von einer wachsenden Zivilgesellschaft begleitet werden. Oft wurden Missstände erst durch beharrliche Kritiker aufgedeckt, viel zu oft wurden verbesserte Ansätze erst nach Druck von außen erarbeitet. Nur mit Hilfe einer kritischen Öffentlichkeit kann die Suche nach der sichersten bzw. der am „wenigsten ungeeigneten“ Entsorgungsoption gelingen.

Eure

Miriam Staudte

Atompolitische Sprecherin



KONTAKT ZU MIRIAM STAUDTE

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

0511/3030-3309

miriam.staudte@lt.niedersachsen.de

twitter.com/miriamstaudte

facebook.com/miriam.staudte

www.miriam-staudte.de

WEITERE INFORMATIONEN

Franziska Wosniok, atompolitische Referentin

0511/3030-4214 @franziska.wosniok@lt.niedersachsen.de

ENDLAGERSUCHE WOHIN MIT DEM ATOMMÜLL?

ECHTER NEUSTART FÜR DIE ENDLAGERSUCHE

Im Juli 2013 wurde das Standortwahlgesetz beschlossen. In einem vergleichenden Verfahren soll bundesweit nach einem geeigneten Standort zur Lagerung der hochradioaktiven Abfälle gesucht werden. Auf Druck aus Niedersachsen wurde eine Endlager-Kommission eingerichtet, in der Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft vertreten sind. Ein großer Teil der Bürgerinitiativen und Umweltverbände lehnt eine Mitarbeit in der Kommission jedoch ab. Sie fürchten, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung lediglich als Mittel der Akzeptanzbeschaffung für den Standort Gorleben dienen soll.

Soll ein echter Neustart gelingen, müssen die Verfahrensschritte und Sicherheitskriterien der Standortsuche wissenschaftlich begründet und nachvollziehbar sein. Um tatsächlich vergleichen zu können, müssen mehrere Standorte unterirdisch erkundet werden. Und das Verfahren muss eine echte Bürgerbeteiligung ermöglichen. Denn die Erfahrungen aus Gorleben zeigen, dass ein ungeeigneter Standort nicht gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden kann.

ANFORDERUNGEN AN DIE ENDLAGERSUCHE

- Keine Machtkonzentration bei dem neuem Bundesamt
- Mindestanzahl von Erkundungsstandorten festlegen
- Klagerechte für BürgerInnen nicht abschaffen
- Forschungsprogramm für Entsorgungsoptionen

WOHIN MIT DEN SCHWACH- UND MITTEL-RADIOAKTIVEN ABFÄLLEN?

PROGNOSTIZIERTES ABFALLVOLUMEN
BIS 2090

600.000 m³

303.000 m³

GENEHMIGTES EINLAGERUNGSVOLUMEN
IN SCHACHT KONRAD

NEUAUSRICHTUNG DER ATOMFORSCHUNG

Noch immer fließen Millionen öffentlicher Fördergelder in die Entwicklung neuer Reaktortechniken. Die Atomforschung muss endlich neu ausgerichtet werden, um die wissenschaftlichen Grundlagen für die Entsorgung des Atommülls zu schaffen. Einen guten Anfang macht der Forschungsverbund ENTRIA, wo interdisziplinäre Forschungsprojekte zu tiefengeologischen Lagerung, Oberflächenlagerung sowie zu Rückholbarkeit und Monitoringkonzepten gebündelt werden.

LINKTIPPS

Grünes Special zur Endlagersuche >> glt.n.de/atommuell
Übersicht der Atomstandorte >> atommuellreport.de
Berichte zur Endlager-Kommission >> blogs.ausgestrahit.de/atommuell
Kosten der Atommüllentsorgung >> <http://gruenlink.de/uzv>
Interdisziplinärer Forschungsverbund ENTRIA >> entria.de

FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IM LANDTAG NIEDERSACHSEN

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover 0511/3030-4201 @gruene@lt.niedersachsen.de

twitter.com/grueneltdns facebook.com/grueneltdns www.fraktion.gruene-niedersachsen.de

DER LANGE WEG AUS DEM ATOMZEITALTER



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

IM LANDTAG NIEDERSACHSEN

V.i.S.d.P. Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Niedersachsen, Theresia Junger/Franziska Wosniok, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover. Bildnachweise: dasglaesage, Fotolia (Treibbi), Martina Berg, Fotolia (AKW), Günter NRW, Flickr (Demo). Dieses Material darf nicht zu Wahlkampzzwecken verwendet werden. Stand: Januar 2015

ATOMMÜLL – UND KEIN ENDE?!

Im Jahr 2022 soll der letzte Atommeiler vom Netz gehen. In Niedersachsen fallen bis dahin in den Atomkraftwerken Emsland und Grohnde noch Dutzende Tonnen Atommüll an. Doch auch 2022 ist nicht Schluss. In Medizin und Industrie werden weiter schwach- und mittelradioaktive Abfälle produziert. Die Brennelementefabrik in Lingen hat eine unbefristete Genehmigung und fertigt für den Export. Wie der Atommüll entsorgt werden soll, ist nach wie vor ungeklärt.



HÖCHSTE SICHERHEITSTANDARDS BIS ZUM LETZTEN BETRIEBSTAG

Der Betrieb der verbleibenden Atommeiler kommt jetzt in die schwierigste Phase. Die Störanfälligkeit steigt, je älter das Kraftwerk ist. Gleichzeitig sinkt für den Betreiber der Anreiz für Investitionen. Kostenaspekte dürfen jedoch keine Rolle spielen. Die Atomaufsicht hat dafür zu sorgen, dass bis zum letzten Betriebstag höchste Sicherheitsanforderungen gelten. Mit einem systematischen Alterungsmanagement müssen Anlagenkomponenten gezielt auf Alterungserscheinungen untersucht werden. Fest steht: AnwohnerInnen sind vor den Risiken der Atomkraft zu schützen. Die Landesregierung bereitet derzeit eine Ausweitung des Notfallschutzes vor: Die zentrale Evakuierungszone um Atomanlagen wird auf fünf Kilometer, die Mittelzone auf 20 Kilometer und die Außenzone auf 100 Kilometer erweitert. Eine bundesweite Strahlenschutzübung am Atomkraftwerk Lingen hat jedoch gezeigt, dass die Bevölkerung im Ernstfall nicht rechtzeitig gewarnt würde. Die Koordinierung der beteiligten Akteure steht nun auf dem Prüfstand.

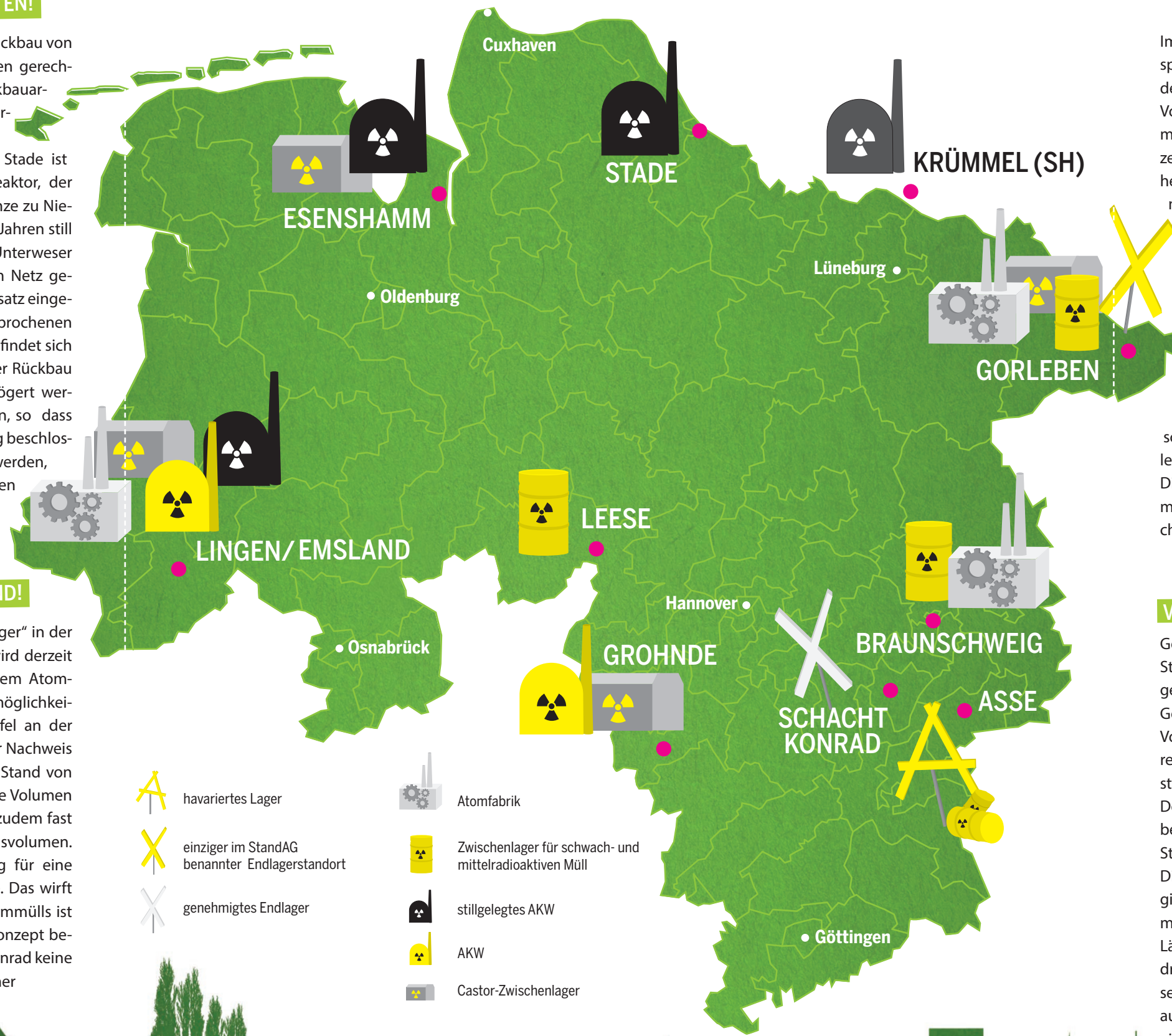
KEINE UNNÖTIGEN VERZÖGERUNGEN: RÜCKBAU STARTEN!

Die aktuelle Situation am AKW Stade zeigt: Beim Rückbau von Atomkraftwerken muss mit bösen Überraschungen gerechnet werden. In Stade wurde erst während der Rückbauarbeiten festgestellt, dass der Betonboden im Sicherheitsbereich radioaktiv belastet ist. Der Rückbau verzögert sich um mindestens drei Jahre. Doch Stade ist bislang der einzige niedersächsische Leistungsreaktor, der sich im Rückbau befindet. Unmittelbar an der Grenze zu Niedersachsen steht der Pannenreaktor Krümmel seit Jahren still – ein Antrag auf Rückbau steht aber aus. Das AKW Unterweser wurde nach der Katastrophe von Fukushima vom Netz genommen. E.on hat hier jedoch Klage auf Schadenersatz eingereicht. Auch Lingen I ist weit entfernt von der versprochenen „grünen Wiese“, seit einem Vierteljahrhundert (!) befindet sich das AKW im sogenannten „sicheren Einschluss“. Der Rückbau stillgelegter Meiler darf nicht unnötig herausgezögert werden. Das Atomgesetz muss klare Fristen benennen, so dass die Rückbauplanung beginnt, sobald die Stilllegung beschlossen ist. Dabei müssen neue Konzepte erarbeitet werden, um die Bevölkerung von Anfang an zu informieren und Möglichkeiten der Beteiligung zu eröffnen.

AUGEN ZU UND DURCH? SCHACHT KONRAD AUF DEN PRÜFSTAND!

Schacht Konrad ist das einzige genehmigte „Endlager“ in der Bundesrepublik. Das ausgebeutete Erzbergwerk wird derzeit zur Lagerung von schwach- und mittelradioaktivem Atommüll ausgebaut. Obwohl alle rechtlichen Klagemöglichkeiten ausgeschöpft sind, bestehen weiterhin Zweifel an der Sicherheit des Standorts. Es liegt kein aktualisierter Nachweis vor, dass das Einlagerungskonzept dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik entspricht. Das erwartete Volumen von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen ist zudem fast doppelt so groß wie das genehmigte Einlagerungsvolumen. Demnach wäre Schacht Konrad eine Insellösung für eine Teilmenge der nicht-wärmeentwickelnden Abfälle. Das wirft neue Fragen auf. Eine sichere Entsorgung des Atommülls ist nur möglich, wenn alle Abfälle in einem Gesamtkonzept berücksichtigt werden. Bis dahin dürfen in Schacht Konrad keine Fakten geschaffen werden. Forderungen nach einer Erweiterung der Einlagerungskapazitäten erteilen wir eine klare Absage.

ATOMSTANDORTE IN NIEDERSACHSEN



SICHERHEITSTANDARDS IN DEN ZWISCHENLAGERN ERHÖHEN

Im Lager Leese wurde im Jahr 2013 bei einer regelmäßigen Inspektion ein durchgerostetes Atommüllfass entdeckt. Es wurde geborgen und in einem neuen Überfass gesichert. Dieser Vorfall war jedoch ein Warnschuss. Die Fässer sind teilweise mehrere Jahrzehnte alt und nicht auf derart lange Lagerungszeiträume ausgelegt. Das Landesumweltministerium hat daher die Atomaufsicht über Zwischenlager für schwach- und mittelradioaktiven Müll übernommen und die Umgebungsüberwachung an den Standorten Leese und Braunschweig-Thune verstärkt. Eine zusätzliche Lagerhalle soll die Einlagerungssituation in Leese verbessern, wobei eine Kapazitätserweiterung durch die Hintertür ausgeschlossen sein muss. Die Atomaufsicht muss mit verschärften Kontrollen und einer Nachqualifizierung der Abfälle für die Einhaltung höchster Sicherheitsstandards sorgen. Die schwierige Lage in den Zwischenlagern darf jedoch nicht missbraucht werden, um auf vermeintlich schnelle und einfache Lösungen für die Endlagerung zu drängen.



VORFESTLEGUNGEN AUF GORLEBEN AUFHEBEN

Gorleben ist der einzige potenzielle Endlagerstandort, der im Standortauswahlgesetz benannt wird. Bislang sieht das Endlagersuchverfahren jedoch nicht verpflichtend vor, dass neben Gorleben weitere Standorte erkundet werden müssen. Diese Vorfestlegungen müssen aufgehoben werden. Die Landesregierung hat den Rahmenbetriebsplan sowie den Planfeststellungsantrag für das Endlager Gorleben für hinfällig erklärt. Doch der Bund hält an einer Veränderungssperre für Gorleben fest. Das bedeutet, dass an jedem anderen potenziellen Standort Verhinderungsplanungen realisiert werden können. Die Atomindustrie spielt indes ein doppeltes Spiel. Die Energiekonzerne entsenden zwei Vertreter in die Endlager-Kommission. Gleichzeitig überziehen die Unternehmen Bund und Länder mit einer Klagewelle. E.on fordert Schadenersatz in dreistelliger Millionenhöhe für die Abschaltung von Unterweser. Vattenfall verklagt die Bundesrepublik wegen des Atomausstiegs vor einem internationalen Schiedsgericht auf eine Milliardensumme.

Auch die Umlagefinanzierung der vergleichenden Endlagerungssuche soll gerichtlich angefochten werden. So wird mehr als deutlich: Die Atomkonzerne haben kein Interesse, den Standort Gorleben aufzugeben.

ATOMMÜLL-DESASTER: ASSE-ABFÄLLE SCHNELLSTMÖGLICH ZURÜCKHOLEN

Das havarierte Endlager Asse ist ein Mahnmal für die Folgen verantwortungsloser Endlagerungsmethoden. Das Bergwerk ist instabil, aus den Einlagerungskammern leckt radioaktiv kontaminierte Lauge. Die Zeit drängt. Um die Rückholung zu beschleunigen, müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, Planungsprozesse zu parallelisieren. Differenzen zwischen dem Beteiligungsgremium und der Fachbehörde dürfen die Planungen nicht zum Stocken bringen. Zur Auflösung von Konflikten müssen neue Wege entwickelt werden. Die Erfahrungen aus dem Beteiligungsmodell der Asse-Region können wertvolle Hinweise für die neue Endlagersuche geben.

UND WER ZAHLT?

Für die strahlenden Altlasten gilt: Verantwortlich sind die Verursacher. Die Atomkonzerne haben für den Rückbau der Atomkraftwerke und die Entsorgung des Atommülls Rückstellungen von bisher 36 Milliarden Euro gebildet. Bislang ist aber nicht garantiert, dass im Bedarfsfall tatsächlich ausreichend Geld zur Verfügung steht. Zudem sind die Rückstellungen nicht ausreichend vor Insolvenz geschützt. E.on, RWE und EnBW schlagen vor, eine „Bad Bank“ für die Altlasten der Atomkraft zu schaffen. Die Atomkraftwerke sowie die gebildeten Rückstellungen sollen in eine Stiftung überführt werden. Der Steuerzahler soll so alle Risiken für den Weiterbetrieb der letzten AKWs, deren Rückbau und die Endlagerung übernehmen. Das ist ein durchsichtiger Versuch der Betreiber, die Zeche zu prellen. Um die Rückstellungen zu sichern, brauchen wir stattdessen einen öffentlich-rechtlichen Fonds. Für jedes Atomkraftwerk ist zudem offenzulegen, welche Kosten für Rückbau und Atommüllentsorgung erwartet werden. Eine Nachschusspflicht muss auch künftig garantieren, dass die Mutterkonzerne für unerwartete Kostensteigerungen aufkommen, die der Fonds nicht abdecken kann.